

Liebe Genossinnen und Genossen,



es hat sich ausgetrumpelt! Nach vier langen Jahren ist endlich Schluss mit dieser orangenen Zumutung im Weißen Haus. Ich habe selber ein Jahr in den Staaten gelebt, habe viele Freunde dort und meine Schwester samt Familie wohnt schon seit vielen Jahren an der Ostküste.

Es war für sie alle unfassbar und beängstigend, was in einer eigentlich doch gefestigten und starken Demokratie plötzlich möglich ist. Und es ist erschreckend, wie eng es doch wieder war. Das Land wurde durch Trumps Lügen und Hetze tief gespalten.

Ich bin mir nicht sicher, wie man viele dieser Menschen nun wieder mit vernünftigen Argumenten, Fakten und

ausgleichender Politik erreichen will und hoffe sehr, dass Präsident Biden da den richtigen Weg findet. Einfach wird diese Aufgabe nicht.

weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Corona - Fakten und Fake	2
Handwerk bietet der Pandemie erfolgreich die Stirn	4
Kamingespräch: Von wegen alte Tante SPD!	5
Mit uns gewinnen	6
Gut gegen Braunes seit 1863	7
Große Koalition endet in sozialdemokratischer Dominanz	8
Steuern - was ist neu in 2021?	9
Elektromobilität: Fluch oder Segen?	11
Förderung der Elektro-Mobilität	13
Erfahrungen mit der Corona Warnapp	14
Breisgau-S-Bahn: Es wird immer schlimmer	15
Medienecke: WhatsApp ändert seine Nutzungsbedingungen!	17
Tafelspende, die Zweite	19
Termine	19
Impressum	20

Für mich war Bidens Amtseinführung jedenfalls ein Grund zu großer Freude. Die ersten Taten seiner Präsidentschaft sprechen schon die Sprache des Miteinanders und der Verantwortung.

Etwas, was ich schmerzlich vermisst habe. Der Wiedereintritt in die WHO und in das Pariser Klimaschutzabkommen stimmen optimistisch. Insgesamt wird wieder so etwas wie Stil ins weiße Haus einziehen, es wird wieder Politik gemacht, kein Jahrmarktsgeschrei.

Und es gab noch eine weitere gute Nachricht letzte Woche: Der Verfassungsschutz will wohl die gesamte AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen. Sie klagen zwar dagegen, aber allein die Aussage sollte vielleicht dem einen oder anderen „Protestwähler“ zu denken geben.

Wer sich mit Nazis abgibt, darf sich nicht wundern, wenn er nach Braunem riecht.

Lasst uns mit dieser positiven Energie motiviert in die heiße Wahlkampfphase starten und das Wichtige jetzt gemeinsam anpacken.

Eure

Birte Könncke.



Corona - Fakten und Fake

Es wird viel über Corona erzählt und geschrieben. Einer, der sich seit Beginn sehr engagiert dafür einsetzt, die Fakten von den Fake-Nachrichten zu trennen, ist Dr. Rainer Röver. In seinem Gespräch mit Birte erzählte er von seinem digitalen Kampf gegen Fake News und Querdenker. Außerdem sprachen die beiden über Impfstrategien und die kommenden Monate der Pandemie.

Neben seiner Tätigkeit als Hausarzt in Überlingen und seinem Engagement auf Social Media ist Rainer auch aktives SPD-Mitglied. Bis in den Juli 2020 war er Kreisvorsitzender der SPD Bodenseekreis.



Seinen Kampf gegen Verschwörungstheorien im Internet bezeichnete Rainer als schwierig. Oft enthalten diese einen Funken Wahrheit oder reißen Zitate und Berichte aus dem Zusammenhang. Birte betonte in diesem Zusammenhang, dass es viel schneller und einfacher ist, sich Unsinn auszudenken, als diesen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu wider-

legen. Das kostet viel Zeit, Nerven und Energie. Kurz vor Weihnachten musste Rainer daraufhin auch eine Facebook-Pause einlegen. Inzwischen ist er dort wieder aktiv und betont, nie den Anspruch gehabt zu haben, die Diskussionsgegner, die sowie so meistens festgefahren in ihren Ansichten sind, zu überzeugen, sondern vor allem diejenigen, die die Diskussionen mitlesen.

„Mir ist noch kein drittes Auge gewachsen und der Handyempfang ist genauso schlecht wie eh und je.“ Etwas scherzhaft antwortete Rainer so auf Birtes Frage, wie es ihm nach der Impfung ginge, die er am Tag vor dem Gespräch erhalten hatte. Er appellierte daraufhin an alle, sich impfen zu lassen, sobald sie an der Reihe sind. „Je schneller die Leute geimpft werden, desto schneller kommen wir zurück in einen normalen Alltag.“ Gleichzeitig nahm er es als richtig wahr, dass man etwas länger mit dem Impfstart wartete, um die regulären Zulassungswege zuzulassen. Das Vertrauen der Bevölkerung in eine sichere Impfung ist schließlich unerlässlich.

Für die unmittelbare Zukunft sprachen Rainer und Birte auch über eventuelle Impfstrategien. Pläne, wie zum Beispiel in Großbritannien, eine größere Anzahl an Menschen einmal zu impfen und dafür die zweite Impfung zu verschieben, sehen beide mit größeren Schwachstellen behaftet. Erstimpfungen mit ausgebliebenen Zweitimpfungen bieten keinen langfristigen Schutz, sondern sorgen für

kurzfristige Antikörper. Dadurch entsteht außerdem ein höheres Risiko für Mutationen und Resistenzen. Die Hoffnung muss wohl eher auf mehreren entwickelten Impfstoffen liegen. Hier stimmt optimistisch, dass mehrere Impfstoffhersteller kurz vor der Zulassung stehen.

Dass die Lockdown-Maßnahmen immer wieder verlängert und sogar verschärft werden müssen, findet Rainer vor allem deshalb ärgerlich, weil diejenigen, die sich bisher an die Maßnahmen halten, für diejenigen bestraft werden, die es nicht tun. Er befürchtet, dass auch noch einige Monate an Maßnahmen vor uns stehen werden.

Rainer selbst wird auch die (hoffentlich) letzten Monate der Pandemie aktiv sein, um wissenschaftliche Fakten über alternative Fakten zu stellen und um Werbung dafür zu machen, dass sich viele Menschen impfen lassen, damit das nächste Gespräch zwischen Birte und Rainer nicht mehr via Zoom sondern persönlich stattfinden kann.

Patrick Röttele



Das Gespräch findet ihr in [diesem Video](#) auf unserem YouTube-Kanal.



Handwerk bietet der Pandemie erfolgreich die Stirn

Wie geht es dem Handwerk in dieser Pandemiezeit? Das ist eine der Fragen, die auch die Politik im Moment umtreibt, denn das Handwerk ist ein wichtiger und geschätzter Teil unserer Wirtschaft, sichert vielen Menschen im Land den Arbeitsplatz und bietet vielen jungen Menschen mit einer guten Ausbildung berufliche Perspektiven. Das wollte sich unsere Kreisvorsitzende und Landtagskandidatin Birte Könnecke genauer ansehen und hat die Naturholzschreinerei Xaver Bärmann in Merdingen besucht.



Bärmann stellt dort hauptsächlich maßgeschneiderte Möbel her, kümmert sich aber auch um Innenausbau, Fenster und Türen. Aktuell werden dreihundert Jahre alte Balken eines Fachwerkhauses zu hochwertigen und optisch außergewöhnlichen Möbeln verarbeitet.



In der Schreinerei beschäftigt Bärmann einen weiteren Meister – seinen Sohn Andreas – einen Gesellen und einen Auszubildenden. Der wird seine Ausbildung bald abschließen und deshalb wird derzeit ein Nachfolger gesucht. Bewerbt euch, aber beeilt euch, denn die Suchanzeige auf Facebook läuft gut und hat auch schon zu einer Bewerbung geführt. Bärmann kennt also kein Problem mit dem Nachwuchs im Handwerk: „Man muss sich halt etwas bemühen, mit Praktikantinnen und Praktikanten arbeiten und kreativ sein, dann findet man schon Leute.“ Birte Könnecke konnte dies als Tierärztin gut nachempfinden, denn wenn auch sehr viele Menschen irgendwann mal davon träumen, etwas mit Holz oder mit Tieren zu machen, so ist es doch etwas ganz anderes, diesen Traum im harten Arbeitsalltag umzusetzen. Wenn es dann klappt, ist es umso schöner und auf einen Innungssieger und eine Innungssiegerin unter seinen Azubis ist Bärmann zu recht sehr stolz.

Die Pandemie hat unter den Handwerkern zunächst zu großen Sorgen geführt und Bärermann hat wie alle anderen Kurzarbeit und Corona-Hilfen beantragt. Das Geld war ruckzuck auf dem Konto – fast zu schnell und unproblematisch für Bärermanns Geschmack. Es war dann aber auch ruckzuck wieder zurückgezahlt, denn die Pandemie hat ihm eher unerwartetes Zusatzgeschäft gebracht: Eine Zeit lang wurden Plexiglaswände fast schon im Akkord hergestellt.

„Der Unterschied zwischen dem Handwerk und den Großkonzernen? Das ist einfach. Die einen zahlen die Hilfen sofort wieder zurück, die anderen zahlen ihre Milliardenhilfen als Dividende an bereits milliardenschwere Großaktionäre aus.“ so Bärermann.

Ganz ohne Einfluss ist die Pandemie aber nicht auf die Arbeit der Schreinerei: „Manchmal geht es einfach zu eng zu auf den Baustellen und einfachste Abstandsregeln sind nicht mehr einzuhalten. Dann ziehe ich meine Truppe ab und wir erledigen unsere Arbeit dort frühmorgens und am späten Nachmittag, wenn nicht so viel auf der Baustelle los ist.“ so der Schreinermeister. Neben diesem organisatorischem Detail ist die Pandemie auch ein Katalysator für die Digitalisierung, was in Bärermanns Fall vor allem die Buchhaltung weiter vorangebracht hat.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind an keinem Wirtschaftszweig vorbei

gegangen. Dennoch konnte Birte Könnecke am Ende des Besuchs ein äußerst positives Fazit ziehen: „Ihr Betrieb und wohl das Handwerk ganz allgemein hat sehr flexibel und pragmatisch auf die Pandemie reagiert. Das verdient unser aller Respekt.“

Oswald Prucker und Patrick Röttele

Kamingespräch: Von wegen alte Tante SPD!

Die Landtagskandidat*innen Jennifer Sühr, Jonas Hoffmann und Peter Schallmayer trafen sich vor einem virtuellen Kamin.

Die SPD-Kandidat*innen für die Landtagswahl in den Wahlkreisen 46 (Jennifer Sühr, Freiburg 1), 58 (Jonas Hoffmann, Lörrach) und 59 (Dr. Peter Schallmayer, Waldshut) präsentierten sich in ihrem ersten Online-Kamingespräch als sympathische junge Kandidaten mit viel Sachverstand und vor allem viel Engagement für die Menschen der Region.

Jenny und Jonas haben selbst erlebt, wie schwierig es ist, den Bildungsaufstieg zu schaffen, wenn Schüler*innen nicht den direkten Weg über das Gymnasium gehen können. Auch der Lehrer Peter bestätigte die Mängel am derzeitigen Schulsystem, angefangen bei zu wenig Lehrkräften - besonders auf dem Land - bis hin zu modernen Bildungseinrichtungen, vor allem Gemeinschaftsschulen. Bildung ist für alle drei deshalb ein zentrales Thema.

Wobei nicht nur die akademische Bildung, sondern auch die klassische Berufsausbildung betrachtet werden müsse. Kostenlose Bildung von der KITA bis zur Rente ist eine Kernforderung.

Klima- und Umweltschutz sind für alle drei von großer Bedeutung. Hier sind schnell wirkungsvolle Maßnahmen notwendig. Diese müssen aber immer den sozialen Aspekt mit bedenken. Arbeitsplätze in neuen klimafreundlichen Wirtschaftssegmenten müssen vom Land aktiv gefördert werden. Grün-Schwarz hat beim Umwelt- und Klimaschutz versagt. Klimaschutz braucht Rot!



In fast zwei Stunden intensivem Gespräch wurden auch die Themen Wohnen, Mobilität und grenzüberschreitende Zusammenarbeit besprochen. Die Zuschauer waren begeistert von den drei SPD-Kandidat*innen. Deren jeweiliges Wahlkampfemblem, welches die

Grundgedanken der SPD beinhaltet, konnte überzeugend vermittelt werden.

Das Format Live-Video-Gespräch mit Einbeziehung der Zuschauer, die während des Gespräches Fragen über den Chat stellen konnten, ist gut angekommen und wird fortgesetzt. Wer mag, gelangt über den QR-Code direkt zum Video. Obwohl die Aufzeichnung auf Facebook liegt, benötigen Sie keinen Account oder Zugang, um es anzuschauen ... also nur zu ... QR-Code scannen und anschauen und natürlich gerne auch teilen.

Jennys Motto: **Natürlich miteinander!**

Jonas' Motto: **Mehr Empathie wagen!**

Peters Motto: **Türen öffnen!**

Tanja Kühnel und Bernd Engesser

Mit uns gewinnen

Die Corona-Krise setzt uns allen zu. Manche trifft es dabei härter als andere. Insbesondere unsere heimischen Gastwirtschaften hat es z.B. arg getroffen.

Hier wollen wir im Wahlkreis Breisgau einen kleinen Beitrag leisten. Mit den Flyern zur Landtagswahl verlosen wir fünf Gutscheine über je 100 Euro für ein regionales Gasthaus. Hierfür braucht man nur einen der fünf Gewinn-Flyer mit Stern und Gewinnzahl zu finden.

Die Flyer werden in den nächsten Wochen im Wahlkreis Breisgau verteilt. Gleich mal

nachschauen. Sagt es allen weiter, damit die Flyer auch mal aufgeklappt und geprüft werden. Es wäre schade für die Gewinner und deren Gaststätte nach Wahl, wenn der Gewinn unentdeckt in der Papiertonne landete.

Ihr sollt natürlich auch nachschauen! Wir wünschen viel Glück!



Keinen Stern gefunden? Nicht traurig sein. Mit einer starken SPD in der Landesregierung können alle gewinnen

Birte Könnecke

Gut gegen Braunes seit 1863

Zur Wahl wird gebastelt und unsere coolen Klobürsten mit Aufkleber scheinen schon sehr beliebt zu sein ...

Insgesamt einhundert Bürsten mussten ausgepackt, beklebt und wieder eingepackt werden.

Ganz schön viel Arbeit.





Nachdem wir die Bürsten auf Facebook veröffentlicht hatten, ging's rund! Wir haben mittlerweile Anfragen aus ganz Deutschland.

Die Bürsten bleiben natürlich im Wahlkreis. Aber die Druckvorlage für den Aufkleber haben wir schon bundesweit verschickt.

Oswald Prucker

Große Koalition endet in sozialdemokratischer Dominanz

...schreibt zumindest die konservative Zeitung Welt.

Nachdem die FDP mit ihrem Vorsitzenden Lindner nach monatelanger Hängepartie und Koalitionsverhandlungen mit der CDU und den Grünen am Schluss Angst vor der eigenen Courage bekam und mit dem legendären Spruch "besser nicht regieren, als falsch regieren" mit seiner FDP unter-

tauchte und sich vor Regierungsverantwortung drückte, kam es bekanntlich zur erneuten "großen" Koalition zwischen CDU und SPD. Auch wenn viele in der SPD eine Erneuerung ihrer Partei in der Opposition bevorzugt hätten, stimmten in einer Mitgliederbefragung 2/3 der Genossinnen und Genossen dem ungeliebten Koalitionsvertrag mit der CDU zu.



Im vergangenen Jahr 2020 war die Corona-Krise das größte gemeinsame Regierungsprojekt, in dem die SPD Minister Scholz (Finanzen), Giffey (Familien) und Heil (Arbeit) wichtige Impulse und gesetzliche Regelungen zur Meisterung und Abfederung der Folgen der Pandemie durchsetzten. Aber auch viele andere Herzensangelegenheiten der Sozialdemokratie wurden gegen mehr oder weniger heftigen Widerstand der CDU/CSU beschlossen.

56 Wahlversprechen der Sozialdemokraten wurden umgesetzt oder angepackt. Dagegen stehen lediglich 25 der CDU.

Insgesamt 32 standen in den Wahlprogrammen beider Parteien. Erfasst wurde das durch den Demokratie-Monitor, ein Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung und des Wissenschaftszentrums Berlin.

Kein Wunder, dass bei einem Übergewicht an "linken" Themen die Gewerkschaften zufriedener sein dürften als die Arbeitgeberseite. Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB bescheinigt der GroKo eine durchaus ordentliche Bilanz. Hervorgehoben wird neben der Grundrente, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder den gleichen Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen sollen. Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise, Verschärfungen beim Arbeitsschutz und der Rettungsschirm Ausbildung waren laut DGB "wichtige Eckpfeiler der Pandemiebekämpfung", die Hunderttausende Beschäftigte vor dem Sturz ins Bodenlose bewahrt hätte. Offen bleibt derzeit noch das SPD-Thema der sogenannten sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, mit der Arbeitnehmer oft ohne triftigen Grund nur befristete Arbeitserträge erhalten. Auch damit wollte die SPD Schluss machen, was an der CDU bislang scheiterte, auch wenn es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Bis zum Ende der Legislaturperiode könnten 70% der Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt sein, was die Forscher und Herausgeber des Demokratie-Monitor als guten Wert bezeichnen, nach-

dem es in der letzten Regierung 2013-2017 nur 64% waren.

Fazit: Kanzlerin Merkel wird immer wieder eine Sozialdemokratisierung der CDU vorgehalten. Der SPD nahm sie Themen weg, machte sie sich zu eigen, in konservativen Kreisen der CDU regte das oft Unmut. Ob dadurch sogar die AfD gestärkt wurde, ist ungewiss, aber möglich. Fakt ist aber, dass der kleinere Partner in der Koalition der Regierungszeit de facto den Stempel aufgedrückt hat, auch wenn das in der Öffentlichkeit nicht immer so wahrgenommen wird. Ohne Beteiligung der SPD an der Regierung wären viele sozialdemokratische Ur-Themen wie der Mindestlohn und die Grundrente nie zustande gekommen. Auch trotz der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Somit ist Lindners Spruch "besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren" eindeutig als Blödsinn überführt, denn nur wer regiert, kann auch Gesetze mitbestimmen und seine Inhalte einbringen.

Matthias Schmidt

Steuern - was ist neu in 2021?

Anfang Januar sprach ich mit Birte in ihrem Sonntagsplausch über die steuerlichen Neuerungen im Jahr 2021. Für alle, die noch keine Möglichkeit hatten, das Video zu sehen, gibt es an dieser Stelle einen Kurzüberblick und einen Hinweis darauf, warum die SPD dringend eine treibende

Kraft in der Steuergesetzgebung bleiben muss.

Es ist dieser Tage kaum möglich, politische Entscheidungen zu finden, bei denen man keinen Bezug zur Corona-Pandemie herstellen kann. So wurde auch das Jahressteuergesetz 2021 deutlich davon geprägt, wie die Arbeitswelt seit März 2020 aussah. Dies schlägt sich vor allem in einem pauschalen Werbungskostenabzug für Tage im Home-Office nieder. Die sogenannte „Home-Office-Pauschale“ ermöglicht es, für jeden Kalendertag, an dem die berufliche Tätigkeit ausschließlich in der Wohnung ausgeübt wird, einen Betrag von 5 €, höchstens jedoch 600 € im Jahr, als Werbungskosten geltend zu machen.

Interessant ist für viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sicherlich die steuerrechtliche Behandlung des Kurzarbeitergeldes, die sich zwar nicht verändert hat, die aber für viele nun das erste Mal interessant wird. Die Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld werden grundsätzlich steuerfrei gestellt und damit auch ohne Steuerabzug ausbezahlt. Die steuerfreien Zuschüsse sind aber in den Progressionsvorbehalt einzubeziehen, wirken sich also am Ende des Jahres auf den Steuersatz aus. Hierdurch kann im Steuerbescheid 2020 eine Nachzahlung entstehen, auch wenn man aus den Vorjahren Erstattungen gewohnt war.

Um einmal weg von Corona und hin zu positiveren Nachrichten zu kommen; für

viele Gruppen gibt es kleinere und größere Verbesserungen ab dem Jahr 2021. So werden beispielsweise die Behinderten-Pauschbeträge verdoppelt. Zeitgleich wird eine Behinderung bereits ab einem Grad der Behinderung von 20 steuerlich berücksichtigt.



Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird sogar mehr als verdoppelt und beträgt bereits ab dem Veranlagungszeitraum 2020 4.008 € statt zuvor 1.908 €.

Außerdem erhöht sich die Übungsleiterpauschale von 2.400 € auf 3.000 € und der Ehrenamtsfreibetrag von 720 € auf 840 €.

Ziemlich öffentlichkeitswirksam wurde ab dem 01.01.2021 eine CO₂-Bepreisung eingeführt, die an der Tankstelle direkt deutliche Auswirkungen auf die Preise hatte. Während die Bepreisung als Maßnahme gegen den Klimawandel eine sinnvolle Maßnahme ist (wenn sie auch noch nicht weit genug geht), hat sie zunächst einmal Auswirkungen auf die Geldbeutel der Pendler und Pendlerinnen in Deutschland.

Um diese Mehrbelastung auszugleichen, wird die Entfernungspauschale für

Berufspendler und Berufspendlerinnen ab dem 21. Kilometer auf 35 Cent erhöht. Eine Maßnahme, die allerdings nicht nur den Autofahrern und Autofahrerinnen zugutekommt, schließlich gibt es die Entfernungspauschale auch für alle, die mit dem ÖPNV zur Arbeit fahren.

Last but not least, der Solidaritätszuschlag fällt für die meisten seit dem 01.01.2021 weg. Erst bei einem Einkommen, das jährlich die Freigrenze von 136.000 € übersteigt, wird dieser einbehalten. Damit sind zukünftig 90 Prozent aller Bürger und Bürgerinnen vom Solidaritätszuschlag befreit. Eine Ausnahme gibt es bei Kapitalerträgen. Hier wird weiterhin der Solidaritätszuschlag zur Kapitalertragssteuer erhoben. Aber mal ehrlich, wer im Jahr 2021 noch Zinsen bekommt, kann darauf auch etwas Steuern zahlen ...

Man sieht also alles in allem, vieles wurde besser. Und noch viel wichtiger, vieles trägt die Handschrift der SPD. Bei der überwiegenden Abschaffung des Solidaritätszuschlags war die SPD treibende Kraft. Trotz kleiner steuerlicher Nebenwirkungen war die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes während der Pandemie nur dank der SPD in der Regierung möglich.

Die Grundrente gibt es seit dem 01.01.2021 ebenfalls, obwohl die Union diese lange Zeit blockierte, nur um sich am Ende selbst mit den Lorbeeren zu schmücken.

Es ist zukünftig aber noch einiges zu tun, für das es eine starke SPD braucht. Dass die

Spanne zwischen arm und reich in diesem Land immer weiter auseinander geht, ist eine Entwicklung, der man vor allem steuerlich entgegenreten kann.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnte hier beispielsweise eine Lösung sein. Sicher ist aber, die progressive Kraft, wenn es um eine sozial gerechtere Steuerbelastung ging, war in den letzten Jahren der Bundesregierung die SPD und nicht die Union.

Patrick Röttele

Elektromobilität: Fluch oder Segen?

Für viele ist das Thema Elektromobilität ein Reizwort. Schnell werden die hierfür derzeit notwendigen Akkus mit Kinderarbeit, Umweltzerstörung, Raubbau an der Natur oder Gefahren, wie schlecht löslichen Bränden der Akkus, in Verbindung gebracht.

Wer jedoch einmal ein Fahrzeug mit Elektromotor gefahren hat, und zwar unabhängig von Auto, Roller, E-Bike oder E-Scooter, weiß, welchen Spaß die fast lautlose und spurtstarke Fortbewegung macht.

Kann ein solches Fahrzeug auch zuhause möglichst noch mit auf dem eigenen Dach selbst erzeugten Strom „betankt“ werden, entfallen die extra notwendigen Fahrten an eine Tankstelle, so kann es sich auch wirtschaftlich lohnen.

Für weitere Wege kommen nun auch immer mehr Ladestationen im öffentlichen Raum dazu. In Bad Krozingen wurde nun die vierte öffentliche Ladesäule Am Südring eröffnet. Weitere Stromtankstellen befinden sich auf dem Parkplatz der Vita Classica, an der Mediathek und bei der Firma Trigema. An den Fernverkehrsstraßen und in größeren Städten finden sich zahlreiche Möglichkeiten zu laden, um so auch längerer Strecken zurückzulegen.

Unbestritten haben Elektrofahrzeuge ihre Stärke jedoch dort, wo regelmäßig kurze Strecken wie das Pendeln zur Arbeit oder Einkaufsfahrten anstehen. Und eben, wenn eine Lademöglichkeit am eigenen Haus oder wenigstens bei der Arbeit zur Verfügung steht. Damit ist schon deutlich, dass eine komplette Umstellung unserer Mobilität auf Strom aus der Steckdose so schnell kaum möglich ist. Es bleiben aber ein großer Anteil an potentiellen Einsatzmöglichkeiten und vielfach eben auch mit erheblichen Vorteilen.

Gerade im Kurzstreckenverkehr ist bei Verbrennern die Abgasreinigung fast vollständig außer Betrieb. Wer einmal beim Starten seines Benziners hinter dem Fahrzeug stand, kann riechen, welche Menge unverbrannter Kraftstoff durch den Auspuff geblasen wird. Erst wenn die Motoren und Katalysatoren ihre Betriebstemperatur erreicht haben, sinkt der Kraftstoffverbrauch und werden die Abgase gereinigt.

All diese technischen Probleme hat ein Elektromotor nicht. Auch fallen viele potentielle Verschleißteile weg, die in einem Fahrzeugleben kaputt gehen können: Kupplung, Getriebe, Auspuffanlage. Bei der regelmäßigen Wartung muss kein Öl gewechselt und anschließend entsorgt werden. Bremsen halten erheblich länger, da die Verzögerung in der Regel durch die Elektromotoren erfolgt, um mit der Bremsenergie gleichzeitig wieder Strom zu erzeugen (zu rekuperieren) und den Akku zu laden.

Natürlich darf die zu Anfang angesprochene Kritik, insbesondere an den Materialien für Akkus, nicht ignoriert werden. Als erstes ist aber zu betonen, dass wir immer noch am Anfang der Entwicklung von leistungsstarken Akkus stehen.

Auch der Verbrennungsmotor hat eine lange Entwicklungszeit gebraucht und Benzin als Treibstoff musste Anfangs in Apotheken gekauft werden. Auch die milliardenschwere Förderung wie bei der Atomkraft stand bisher nicht zur Verfügung. Die Entwicklung von Akkus aus Materialien, die ohne Umweltzerstörung gebaut werden können, geht weiter. Nebenbei: Die gleiche Akkutechnik steckt heute in jedem Handy weltweit, sowie zahlreichen mobilen Geräten im Haushalt und Garten. In diesem Zusammenhang wurde bisher nie Kritik an den verwendeten Materialien geäußert.

Trotzdem wird die allgemeine Entwicklung bezüglich Mobilität weiter gehen. Es wird auf die jeweiligen Bedürfnissen zugeschnittene Angebote geben müssen. Sich das ganze Jahr ein Fahrzeug vorzuhalten, mit dem theoretisch ohne nachzutanken 1.000 km weit in Urlaub gefahren, der Wohnanhänger gezogen und der nächste Umzug dank großem Laderaum bewältigt werden kann – in Wirklichkeit aber 260 Tage im Jahr nur 8 km täglich zur Arbeit nutzt, das gehört irgendwann der Vergangenheit an.

Flexible Mietmodelle, Car-Sharing werden ebenso wie unterschiedliche Antriebskonzepte und ein deutlich verbesserter öffentlicher Nah- und Fernverkehr die Zukunft sein.

Matthias Schmidt

Förderung der Elektromobilität

Der Kauf von E-Autos wird für den Verbraucher interessant und die Zulassungszahlen zeigen, dass die erhöhte staatliche Förderung wirkt. Einige, insbesondere kleinere E-Autos sind abzüglich der Kaufprämie von Hersteller und Staat in die Preisregion von üblichen Verbrennern gerutscht. So sind gut ausgestattete und moderne Fahrzeuge mit Elektroantrieb zur Zeit schon für weit unter 20.000 € zu bekommen. Dies Dank 3570 € Zuschuss beziehungsweise Preisnachlass der

Hersteller und 6000 € Investitionszuschuss vom Staat. Weitere Förderungen sind für einen eigenen Ladepunkt, eine sogenannte Wallbox möglich.



Von Michael Movchin / Felix Müller, CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org

Wer privat auf seinem Grundstück, in der Garage oder auch in gemeinsam genutzten Tiefgaragen einer Wohnungseigentümergemeinschaft einen Ladepunkt errichtet, kann bei der KfW-Bank des Bundes bis zu 900 € Zuschuss bekommen. Von der Kfz-Steuer sind E-Autos 10 Jahre lang befreit. Bei Dienstwagen muss anstatt der sonst üblichen 1%-Regelung nur 0,25% des Fahrzeugpreises als geldwerter Vorteil besteuert werden.

Die Installation von Ladestationen in Betrieben, zur gewerblichen Nutzung und insbesondere unter dem Gesichtspunkt, den Ladepunkt außerhalb von Geschäftszeiten auch Nachbarn zugänglich zu machen, wird mit weiteren Förderprogrammen unterstützt. Einige Supermärkte und Discounter bieten auf ihren Parkplätzen für die Zeit des Einkaufs kostenloses Laden an.

Die Ladeinfrastruktur wächst kontinuierlich, die Abrechnungsmodelle sind leider

immer noch verwirrend und eine einheitliche, einfache Bezahlung des Ladevorgangs steht noch aus.

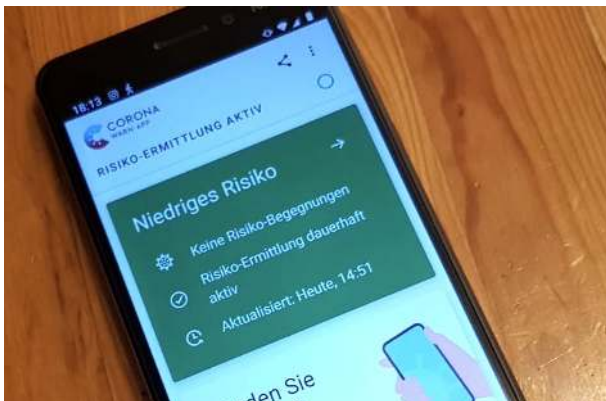
Matthias Schmidt



Förderanträge und weitere Informationen unter www.kfw.de.

Erfahrungen mit der Corona Warnapp

Bereits im März, als uns die erste Corona-Welle erfasst hat, gab es die ersten Forderungen nach einer App. Länder wie Südkorea hätten auch damit große Erfolge im Kampf gegen Corona gehabt. Wie so vieles in letzter Zeit, waren sie und vor allem die Umsetzung aber sehr umstritten.



Es gab viele Vorbehalte bezüglich des Datenschutzes. Technisch sollte sie aber auch zuverlässig funktionieren und trotzdem möglichst stromsparend sein. Kleine Start-up Unternehmen sollten diese App programmieren, da ihre Arbeitsweisen

oftmals als zielstrebig und innovativ angesehen werden.

Dennoch vergingen Monat um Monat, bis schließlich irgendwann im Juni, die erste Version der Corona-Warn-App des Robert-Koch-Instituts verfügbar war.

Gleich am ersten Tag, habe ich sie mir installiert. Kurz danach, gab es bereits das erste Update. Jeden Tag habe ich geschaut, was sie anzeigt. Es war immer ein beruhigendes Grün, mit dem Hinweis, dass es keine Risiko-Begegnungen gab.

Anfangs hatte die App allerdings wohl einige Fehler, so dass diese Hinweise im Nachhinein wenig verlässlich waren. Die App hat aber kontinuierlich weitere Updates erhalten, mit denen auch bis dahin bekannte Probleme behoben wurden.

Im Herbst hatte ich dann gelegentlich erste Meldungen beim Blick auf den Status der App, über Begegnungen mit kleinem Risiko. Wann diese waren, darüber sagt die App nichts. Etwas, was sich wohl erst mit einem Update von Mitte Dezember geändert hat.

Was ich sehr elegant fand, nach einem Corona-PCR-Test erhielt ich einen Hinweiszettel mit einem QR-Code. Diesen Code konnte ich mit der Corona-Warn-App einscannen und somit meinen Test mit der App verknüpfen. Schon 2 Tage später bekam ich dann über die App eine Push-Benachrichtigung und konnte in der App das negative Ergebnis meines Tests erfahren.

Mein Fazit bislang: Die App stört nicht. Obwohl ich sie ständig aktiv habe, merke ich keinen wesentlichen Unterschied im Akku-Verbrauch meines Smartphones. Gelegentlich den Status anzusehen, ist solange es keine Risiko-Begegnungen anzeigt, sehr beruhigend. Sollte es doch einmal eine Warnung geben, ist es sicherlich auch gut, informiert zu werden. Sollte ich mich doch einmal an Corona infizieren, können alle in den letzten 14 Tagen über die App registrierten Kontakte darüber informiert werden. Und das ganze dennoch so vertraulich und anonymisiert, dass ich das guten Gewissens jedem empfehlen kann.



Was ist das Problem bei der App? Sollte uns die App nicht vor einer zweiten oder gar dritten Infektionswelle schützen, indem sie uns frühzeitig über Infektionsketten informiert und so ein weiteres unkontrolliertes Ausbreiten von Corona verhindern hilft?

Ja, dazu müsste sie aber von möglichst allen Menschen benutzt werden.

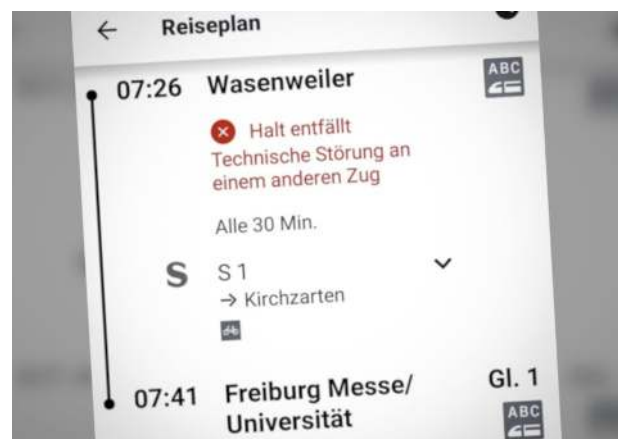
Ein zweiter Punkt ist wohl, dass manche Menschen sich nach einem positiven Corona-Befund scheuen, dies in der App einzugeben, bzw. ihre Kontakte in der App freizugeben. Dabei wäre gerade das so wichtig.

Bitte benutzen Sie die Corona-Warn-App und empfehlen Sie es auch Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten.

Andreas Eckerle

Breisgau-S-Bahn: Es wird immer schlimmer

Als regelmäßiger Nutzer der Breisgau-S-Bahn zwischen Breisach und Freiburg steigt in mir die Verzweiflung über dieses im tiefsten Kern vermurkste Projekt. Zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember sollte alles besser werden. Es wurde schlimmer und es ist an Stümperhaftigkeit kaum noch zu überbieten.



Ein kleiner Bericht zu einer Woche im Januar ...

Montag Morgen. Angepeilt ist der Zug ab Wasenweiler um 7:26 Uhr. Schon lange vorher meldet die App: Zug fällt aus wegen kurzfristigem Personalmangel. Das ist schon eine Verbesserung zu bisherigen Zugausfällen. Die sind sonst erst fünf Minuten vor der geplanten Abfahrt in der App.

Montag Abend. Der Zug kommt und sogar auch pünktlich. Es ist aber nur ein halber Zug und entsprechend voll. Tochter berichtet, dass eine spätere Verbindung auch nur mit einem halben Zug bedient wurde.

Dienstag Morgen. Ich fahre an diesem Tag nicht, aber ein Freund schickt mir ein Bildschirmfoto der App: Zug um 8:10 Uhr ab Wasenweiler fällt aus.

Mittwoch morgen. Zug kommt pünktlich. Es ist das kürzeste Gespann, das sie haben und schon ab Wasenweiler recht gut gefüllt. In Gottenheim wird nicht gekoppelt, sondern die Fahrgäste des nördlichen Kaiserstuhls dürfen zu uns umsteigen. Es wird nicht das große Gruppenkuscheln, aber der Füllstand der Bahn ist vor dem Hintergrund der Pandemie eine Frechheit.

Am Donnerstag war ich nicht unterwegs und Freitag komme ich gut nach Freiburg und auch wieder heim. Fast bin ich schon halbwegs versöhnt mit meiner BSB-Woche, da ruft die Tochter an und will in Gottenheim abgeholt werden. Sie ist dort mit der S-Bahn gestrandet, es wären die

falschen Wagen aneinandergehängt worden.

Gleichzeitig erreicht mich die E-Mail einer jetzt ehemaligen Mitfahrenden: „Jetzt ist es soweit, ich fahre mit dem PKW zur Arbeit, da ich letzte Woche an einem Tag zwei Zugausfälle hinnehmen musste. Jetzt ist's genug!“ Ich ertappe mich dabei, dass ich diese Reaktion bei nur zwei Ausfällen in einer Woche fast schon etwas verweicht finde! Das zeigt aber bestenfalls, wie ernüchtert ich bereits bin. Ich kann die Frau verstehen und bin eher gespannt, wann ich so reagiere.



Ein paar Tage vorher hat mir die Deutsche Bahn auf eine Beschwerde hin geantwortet. Es ist das übliche Kundenkommunikations-Blabla: Die Gründe für das Chaos seien leider sehr vielschichtig und komplex, nicht alles wäre beeinflussbar und es gäbe kein Pauschalrezept. Man arbeite täglich mit hohem Einsatz und die Maßnahmen zur Stabilisierung der Betriebsqualität zeigten schon an vielen Stellen eine positive Wirkung ... und so weiter. Mir tut der arme

Kerl leid, der das schreiben muss und von mir dann gleich eine Antwort bekommt.

Ich habe keine Lösung zu diesem Problem. Ich erkenne auch, dass es verschiedene Gründe für die Probleme gibt. Aber ich frage mich, wie denn diese S-Bahn zwischen 1999 und 2019 weitestgehend problemlos zwischen Breisach und Freiburg hin- und herfahren konnte und warum das jetzt überhaupt nicht mehr geht. Wenn man nachfragt, sind immer die anderen Schuld. Als Fahrgast interessiert mich das nicht. Die Beteiligten müssen an einen Tisch und eine Lösung finden. Verantwortlich dafür ist der Stuttgarter Verkehrsminister. Der ist grün und dem ist bislang auch noch nichts besseres eingefallen, als den leidgeprüften Fahrgästen eine Monatskarte zu erstatten. Lösungen sehen anders aus.

Oswald Prucker

Medienecke: WhatsApp ändert seine Nutzungsbedingungen!

Die gute Nachricht vorab: Die Änderung der Nutzungsbedingungen, die ab dem 08.02.2021 greifen sollten, wurde nach massiven Protesten auf Mai verschoben. Also keine besondere Eile mehr, sich entscheiden zu müssen, ob man zustimmen möchte oder nicht.



Worum geht es?

Zu wenig Information und viel Verunsicherung bei WhatsApp-Nutzern. Stimmt es, dass ich zustimmen muss, dass WhatsApp alle meine Handydaten an Facebook übermitteln darf, sonst fliege ich bei WhatsApp raus?

Nein. Das stimmt so natürlich nicht.

Was ist Sache?

Richtig ist, dass WhatsApp (WA) einige Änderungen vornimmt. Dies tut WA jedoch laufend, ohne dass wir über ein Pop-up Fenster aufgefordert werden, zuzustimmen. Also worum geht es hier denn genau?

„Anfangs war das Pop-up bei Nutzern in Nordamerika aufgetaucht und hatte für Entrüstung im Netz gesorgt. Auf den ersten Blick lässt sich WhatsApp umfangreiche Rechte für den Datenaustausch mit dem Mutterkonzern Facebook einräumen. Unter anderem auch die Möglichkeit, auf Basis dieser Daten Werbeanzeigen im sozialen Netzwerk zu personalisieren. Darauf hatte

der Messengerdienst WhatsApp bislang zumindest in der EU verzichtet und daran wird sich auch erst einmal nichts ändern – so Niamh Sweeney (zuständig bei WhatsApp für Europa) via Twitter. Es finde in der EU weiterhin kein Datentransfer zum Zwecke der Optimierung von Produkten oder Werbeanzeigen zwischen WhatsApp und Facebook statt. Für EU-Bürger gebe es eigene Nutzungsbedingungen, die diesen Passus nicht enthalten. Die Nutzungsbedingungen für WhatsApp unterscheiden sich weltweit. In der EU ist der Datenaustausch mit Facebook weiterhin nur eingeschränkt. Sweeney zufolge werde durch die neuen Nutzungsbedingungen nur sichergestellt, dass Unternehmen, die **WhatsApp Business** nutzen, mit von Facebook bereitgestellten Tools auf WhatsApp zugreifen können. Des Weiteren erfolgt auch in der EU zwischen WhatsApp und Facebook ein Datenaustausch, um Spam und Missbrauch der Dienste vorzubeugen.“ (Quelle Netzwelt)

Welche Daten werden denn nun laut WhatsApp geteilt?

- Die Telefonnummer, die ihr bei der Registrierung für WhatsApp genutzt habt.
- Geräteinformationen (z.B. Geräteerkennung, Betriebssystemversion, App-Version, Ländervorwahl usw.)
- Nutzungsinformationen (wann ihr WhatsApp zum letzten Mal genutzt

habt, wann ihr euren Account registriert habt sowie die Art und Häufigkeit der Nutzung bestimmter Features)

Also eigentlich alles, wie bisher auch schon. Nichts Neues!

Und was ist dann neu und bedarf meiner Zustimmung?

Wenn WhatsApp Neuerungen einführt, erfährt man das in der Regel über externe Medien, wie Social Media usw.. Jetzt will WhatsApp seine Nutzer selbst kontaktieren und informieren. WhatsApp möchte uns also eine WhatsApp schicken dürfen – vergleichbar mit einem Newsletter. Wie überall sonst auch, müssen wir zustimmen, wenn ein Unternehmen mit uns kommunizieren will. Das ist alles.

Fazit:

Ja, wenn wir WhatsApp weiter nutzen möchten, müssen wir den neuen Nutzungsbedingungen zustimmen. Und da sich tatsächlich eigentlich nur für Business WhatsApp-Nutzer wirklich etwas ändert, kann man das auch tun. Wer sich hier noch einlesen möchte, kann das direkt bei WhatsApp unter:

[WhatsApp FAQ - So arbeiten wir mit den Facebook-Unternehmen zusammen](#)

Bei der Gelegenheit möchte ich nochmals auf unsere SPD-WhatsApp-Gruppe aufmerksam machen. Die hat sich bereits als recht praktisch erwiesen. Wir teilen

Beiträge und Informationen, erinnern an Termine und Veranstaltungen und tauschen uns aus. Ich freue mich immer über neue Mitglieder – meldet euch einfach bei mir per Mail tanja@bueroservice-kuehnel.de oder WhatsApp 0172-2308375. Dann füge ich euch gerne hinzu.

Tanja Kühnel

Tafelspende, die Zweite

Im Dezember-Mitgliederbrief berichteten wir von unserer ersten Spende haltbarer Lebensmittel an die Tafel in Bad Krozingen. Wir haben sehr viel positive Resonanz darauf erhalten und viele wollten auch noch etwas beitragen.

Deshalb haben wir die Aktion einfach wiederholt.

Großartig, dass innerhalb weniger Tage wieder so viele Lebensmittel zusammen gekommen sind, die Birte Könnecke den dankbaren Helfer*innen in Bad Krozingen übergeben konnte.



Termine, Termine

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zum 11. und 12. Online-Kreisstammtisch am **15. Februar (Fasnetsausgabe, aber trotzdem keine Pappnasenpflicht!)** und am **15. März ab 19:00 Uhr.**



Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm.

Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387. Mit dem Mobiltelefon geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.

Birtes Sonntagsplausch



Immer sonntags ab 16 Uhr auf unserer Facebookseite mit wechselnden Gästen, die wenige Tage vorher angekündigt werden.



Nächsten Sonntag, d.h. am **31. Januar**, geht es mit **Sonja Elser**, der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) um das Thema: **Sind Frauen die Verliererinnen der Coronakrise?**

Wer zahlt die Kosten der Coronakrise?

Das Ausmaß der Rettungs- und Hilfspakete, die derzeit aufgesetzt werden, um Menschen und Unternehmen durch die Krise zu helfen, ist gigantisch. Alle diese Maßnahmen, wie das Novembergeld, Überbrückungsgelder oder Konjunkturpakete, sind in der derzeitigen Lage dringend erforderlich. Aber wer wird das bezahlen?



Hierzu spricht Birte Könnecke mit dem Finanzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lothar Binding am **03.02.2021 um 14 Uhr** live auf unserer Facebookseite .

Jennys Terminkalender

Meine Termine:
Jetzt keine Termine mehr verpassen.
Immer aktuell auf meiner Homepage
www.jennifer-suehr.de/termine/ oder
einfach den QR-Code scannen.

SPD Jennifer Sühr
DAS WICHTIGE JETZT
Kandidatin Landtagswahl WK 46

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion:
O. Prucker, T. Kühnel und B. Könnecke

Kontakt redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de